

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64



Inhalt

Ernst Waltemathe MdB
zur Berlin/Bonn-Frage:
Die "Stemstunde des
Parlaments" und die
Freiheit des Mandats.

Seite 1

Hans Bütner MdB zur
kopflösen Verkehrspoli-
tik der Bonner Koali-
tion: Kein Platz für
ÖPNV bei der Bundes-
bahn.

Seite 3

Rezension

Ingo Arend stellt das
Buch "Die 'zweite'
Phase der Entspan-
nungspolitik der SPD
1983-1989" von Klaus
Moseleit vor.

Seite 4

46. Jahrgang / Nr. 125

4. Juli 1991

Die "Stemstunde des Parlaments" und die Freiheit des Mandats

Eine dokumentarische Nachbetrachtung zur Berlin/Bonn-Frage

Von Ernst Waltemathe MdB

Die Entscheidung ist am 20. Juni 1991 gefallen. Knapp, aber eindeutig. An ihr gibt es nichts zu rütteln.

Die Debatte über Bonn oder Berlin war von Emotionen, Symbolen, aber eben auch von nüchterner Sachlichkeit geprägt. Interessant aber ist ein regionaler und parteipolitischer Vergleich, der sich aus der genauen Auswertung der namentlichen Abstimmungen ergibt.

1. Norddeutschland für Berlin

In Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen gab es wenige Abgeordnete, die für Bonn votierten. In Mecklenburg-Vorpommern war nur ein Abgeordneter des Bündnis '90 / Grüne als Bonn-Befürworter verzeichnet, die übrigen 15 Abgeordneten stimmten für Berlin. (Eine gleiche Feststellung ergibt sich übrigens für Brandenburg: Ein MdB vom Bündnis '90 / Grüne für Bonn, 21 Abgeordnete aller Parteien für Berlin).

Die "Westländer" Norddeutschlands:

a) Schleswig-Holstein

Je eine (weibliche) Abgeordnete aus SPD und CDU für Bonn, alle anderen 22 für Berlin.

b) Hamburg

Ein SPD-Abgeordneter für Bonn, alle anderen 13 Abgeordneten (5 SPD, 6 CDU, 2 FDP) für Berlin.

c) Niedersachsen

16 Abgeordnete für Bonn, 49 für Berlin.

d) Bremen

Zwei SPD-Abgeordnete für Bonn, vier Abgeordnete für Berlin.

2. Differenzierte Abstimmung insbesondere der CDU-MdB aus Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemalpaftige Umgebung
mit warmen Reflexionen
Recycling-Papier



Während die SPD lediglich eine Stimme für Bonn aus Sachsen-Anhalt und eine Stimme für Bonn sowie eine Stimmenthaltung aus Sachsen zu verzeichnen hat, stimmten die CDU-Abgeordneten, allesamt direkt in ihren Wahlkreisen wählt, weitaus differenzierter ab.

a) Sachsen-Anhalt

8 : 4 - Mehrheit für Berlin gegenüber Bonn.

b) Thüringen

7 : 5 - Mehrheit für Berlin gegenüber Bonn.

c) Sachsen

11 : 10 - Mehrheit für Bonn gegenüber Berlin.

3. Im Westen 289 : 212 - Mehrheit für Bonn

Außer in den vier norddeutschen "Alt"-Ländern gab es nur in Hessen eine Mehrheit für Berlin. War die SPD dort mit 10 : 8 eher für Bonn, so stimmten die CDU-Abgeordneten mit 16 : 6 und die FDP mit 4 : 2 für Berlin.

In den Ländern Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Baden-Württemberg hatte Bonn die Nase vorn, im Saarland knapp mit 7 : 5, gefolgt von Baden-Württemberg mit 44 : 29, Bayern 60 : 25, Rheinland-Pfalz 28 : 6 und Nordrhein-Westfalen 111 : 33.

Die FDP stimmte dabei mehrheitlich für Berlin: in Bayern mit 8 : 1, im Saarland mit 1 : 0, in Rheinland-Pfalz unentschieden mit 2 : 2, in Hessen 4 : 2; lediglich in Nordrhein-Westfalen gab es ein knappes Ergebnis von 9 : 8 für Bonn, und aus Baden-Württemberg gab es 8 : 2 FDP-Stimmen für Bonn.

4. Ein Vergleich Nordrhein-Westfalen mit Ostdeutschland

Obwohl Nordrhein-Westfalen stark an einer pro-Bonn-Entscheidung interessiert war, haben sich die Abgeordneten frei nach ihren politischen Gesichtspunkten entschieden. Und obwohl Nordrhein-Westfalen fast so groß ist wie die sechs ostdeutschen Länder einschließlich Gesamtberlin und 144 Abgeordnete im Bundestag hat (von einer weiteren PDS-Abgeordneten abgesehen, ich habe die PDS insgesamt zu "Ostdeutschland" gezählt) gegenüber 155 Abgeordneten "im Osten", war die Abstimmung differenzierter. Berlin erhielt insgesamt aus Nordrhein-Westfalen immerhin 33 von 144 Stimmen, umgekehrt Bonn aus den östlichen Ländern lediglich 27 von 154 Stimmen.

Bei der SPD der neuen Länder "wagten" dort lediglich zwei Abgeordnete eine Stimme für Bonn, einer enthielt sich, aber 36 stimmten für Berlin, während immerhin 10 SPD-Abgeordnete (von 65) aus Nordrhein-Westfalen für Berlin stimmten. Das Ergebnis "Ost" ist optisch deshalb un schön, weil die PDS sich mit 13 : 1 als "Berlin"-Partei mit entsprechender Disziplin erwiesen und die SPD andere, demokratischere Traditionen hat.

5. Fazit

Niemand wird sagen können, daß eine Entscheidung für Bonn eine Entscheidung gegen die Einheit Deutschlands oder gegen den Osten Deutschlands dargestellt hätte. Umgekehrt wird auch niemand behaupten wollen, die Entscheidung für Berlin sei gegen Nordrhein-Westfalen und das traditionsreiche "Bundesdorf" gerichtet. Kein(e) Abgeordnete(r) aus Nordrhein-Westfalen, die oder der für Berlin gestimmt hat, wird wegen ihres / seines Abstimmungsverhaltens innerparteiliche Repressalien befürchten müssen. Im Laufe der Zeit werden auch bei der SPD regionale Interessen, die nicht mit "Ost" oder "West" zu umschreiben sind, differenzierter hervortreten als zur heutigen Zeit des Zusammenwachsens, in der es für opportun gehalten wird, einen eigenen "Ost"-Arbeitskreis wirken zu lassen.

Die Entscheidung ist gefallen. Für Berlin. Nun wird es darauf ankommen, aus "Alles-oder-Nichts"-Denken herauszufinden und die Probleme zu lösen, die eine Folge der fälligen "Sitzfrage" sind: Finanzierung, soziale und arbeitsrechtliche Absicherung, Zeitplanung.

(-/4. Juli 1991/rs/ks)

**Kein Platz für ÖPNV bei der Bundesbahn
Zur kopfloren Verkehrspolitik der Bonner Koalition**

Von Hans Büttner MdB

Die Bundesbahn soll sich nach Meinung der Bundesregierung aus dem Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) zurückziehen. Dies geht aus der Antwort von Staatssekretär Gröbl auf meine Anfragen hervor.

Ich wollte von der Bundesregierung wissen, ob es zutrifft, daß die Bundesregierung auf der Grundlage der Koalitionsvereinbarungen beschlossen hat, daß die Deutsche Bundesbahn keinen Nahverkehr mehr betreiben soll. Des weiteren fragte ich nach den verkehrspolitischen und arbeitsrechtlichen Auswirkungen der geplanten Maßnahmen.

Aus der Antwort Gröbels geht hervor, daß die Bundesregierung den öffentlichen Personen-Nahverkehr als Aufgabe der Gemeinden ansieht und glaubt, mit der von den SPD-Ländern durchgesetzten Erhöhung der Mittel nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz - 1,5 Milliarden 1992 und drei Milliarden 1993 - aus dem Schneider zu sein. Gleichzeitig streicht sie jedoch die Mittel der Ausgleichszahlungen für Behindertenfahrten in Höhe von 340 Millionen jährlich. Darüber hinaus, so Gröbl, unterstützt die Bonner Regierung die Veräußerung der Regionalbusgesellschaften der Deutschen Bundesbahn ohne konkrete Vorstellungen über die verkehrspolitischen und arbeitsrechtlichen Folgen vorweisen zu können.

Mit dieser Antwort wird deutlich, daß die Regierung weiterhin einen chaotischen Kurs in Sachen öffentlicher Personen-Nahverkehr verfolgt. Wer die Bundesbahn nur noch auf Fernstrecken verweist, hackt ihr das Fahrgastaufkommen ab, das sich aus der Fläche der Fernverkehrsströme speisen muß.

Allerdings paßt die Haltung der Regierung in die Kopflorenkeit der gesamten Verkehrspolitik der Koalition. So subventioniert sie zum Beispiel über den nahezu unveränderten Preis für Dieselmotorkraftstoffe den Güterfernverkehr auf der Straße weiter und läßt gleichzeitig den ÖPNV ausbluten.

Zwar ist richtig, daß sich auch Gemeinden und Landkreise am ÖPNV beteiligen müssen, aber das muß mit der Bundesbahn geschehen und kann nur durch deren Einbeziehung erfolgreich verlaufen. Die Rückzugsentscheidung der Bundesregierung ist der verkehrspolitische Offenbarungseid, was freilich aufgrund der andersartig gelagerten Interessen des Verkehrsministers auch keinen mehr überraschen kann. Doch wer so mit den Interessen der Bürger und ihren Bedürfnissen jongliert, soll endlich seinen Hut nehmen, damit noch größerer Schaden von unserem Volk abgewendet wird.

(-/4. Juli 1991/rs/ks)

REZENSION

Europäische Deutschlandpolitik

Klaus Moseleit: Die 'zweite' Phase der Entspannungspolitik der SPD 1983-1989. Eine Analyse ihrer Entstehungsgeschichte, Entwicklung und ihrer konzeptionellen Ansätze. Mit einem Vorwort von Willy Brandt. Band 180 der Europäischen Hochschulschriften im Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main - Bern - New York - Paris, 1991, 189 Seiten.

Als Kern sozialdemokratischer Anziehungskraft in den siebziger und mit Abstrichen auch in den achtziger Jahren gilt die Vorreiterrolle der SPD in Sachen Ost-, Deutschland- und Entspannungspolitik. Das Buch von Klaus Moseleit, wissenschaftlicher Mitarbeiter des SPD-Bundestagsabgeordneten Reinhold Hiller, versucht ein erstes Resümee dieser Politik und will die Herausbildung der sogenannten 'Zweiten Phase' der Deutschlandpolitik nachzeichnen.

Moseleit wertet die Fähigkeit zur Anerkennung der durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Realitäten zunächst in der Opposition und später der sozialliberalen Regierungskoalition durch die Sozialdemokratie in der ersten Phase der Entspannungspolitik als maßgebliche Voraussetzung, um eine zukunftsfähige Handlungsorientierung zurückzugewinnen. Diese Konzeption des Managements des Systemkonflikts sei jedoch immer von der asymmetrischen Vorstellung bestimmt gewesen, mit dieser Annäherung einen inneren Reformdruck und einen Wandlungsprozeß nur in der DDR einzuleiten, habe also 'keinesfalls ... einen gleichseitigen und gleichgewichtigen Prozeß einer Annäherung der beiden Systeme' (16) dargestellt.

Der zunächst erfolgreiche Annäherungsprozeß sei jedoch ins Stocken gekommen, als nach dem Schlußpunkt der ersten Entspannungsphase, der Helsinki-Konferenz, der Gleichklang des deutsch-deutschen Entspannungsbestrebens mit dem der Großmächte nicht mehr gegeben gewesen sei. Die neue Superioritätspolitik der USA habe einen Kurswechsel bedeutet, der die europäischen Bemühungen konterkariert habe. Die mit der Entspannungspolitik möglich gewordene partielle, wirtschaftliche und politische Emanzipation Europas habe in strukturellem Gegensatz zur konfrontativen militärischen Zuspitzung im System der Abschreckung gestanden. An diesem inneren Widerspruch sei die Entspannungspolitik gescheitert. Ihr sei keine entsprechende militärische Entspannung gefolgt, die Abrüstungsdeklarationen seien zur Rüstungskontrolle degeneriert.

Wendepunkt des politischen Denkens

Moseleit wertet den Doppelbeschuß der NATO, die Krisen um Afghanistan und Polen als Höhepunkt der neuen Konfrontation aber auch als Wendepunkt des politischen Denkens. Sie hätten den Umbruch eingeleitet, die politische und militärische Abschreckung als Sicherheitssystem mit einer Diskussion um Alternativsysteme grundsätzlich in Frage zu stellen. Gleichzeitig habe an diesem Punkt der tiefgreifende legitimatorische Erosionsprozeß in der europäischen und deutschen Sicherheitspolitik eingesetzt. Die konzeptionelle Entwicklung der zweiten Phase der Entspannungspolitik habe mit der konventionellen Stabilisierung im militärischen Bereich und eine nukleare Minimalabschreckung eine Entmilitarisierung und mit dem Stichwort der 'Gemeinsamen Sicherheit' und des darin enthaltenen Konzeptes des 'Interessenausgleichs zum wechselseitigen Nutzen' (42) eine Repolitisierung des Ost-West-

Konfliktes einleiten wollen. Ziel im Hintergrund war immer die allmähliche Blocküberwindung und eine schrittweise weltpolitische Emanzipation Europas. Die Arbeitsgruppen der SPD mit den sozialistischen Parteien des ehemaligen Ostblocks sollten diese interessengeleitete Kooperation modellhaft vorbereiten. Mit dem SED-SPD-Papier sei dann ein Ventil geschaffen worden, das den Wandel des "systemöffnenden Dialoges", der bis dahin nur auf der Ebene der Herrschenden stattgefunden habe, zu einem basisorientierten ermöglicht habe. In dessen Gefolge schafften sich die revolutionären Umbrüche durch die Volksmassen Bahn. Für diese, theoretisch ja durchaus schon vorher als Möglichkeit denkbare Entwicklungsvariante der Dialogpolitik gab es allerdings keinen Plan.

Insofern hatte die Sozialdemokratie zwar im Hinblick auf die angestrebte emanzipatorische Wandlung der Ostsysteme durchaus Erfolg, war gleichwohl von den völlig unkontrollierbaren Entwicklungen, die das Jahr 1989 und 1990 bestimmten, völlig überfordert. Zum einen entfiel die Geschäftsgrundlage für die bisherige Dialogpolitik durch den faktischen Wegfall der Blocksysteme. Dazu beitrug aber auch die Uneinigkeit über die Frage der sozialen Adressaten, Staatsparteien hier - Oppositionsgruppen da. Letztere gedachten nämlich nicht, den Systemwandel auf dem entspannungspolitischen Reißbrett des "kleinen Metternich" zu vollziehen. Der mit den sich überstürzenden Ereignissen folgende Rechtfertigungsdruck auf die SPD-Politik nach Osten in der Öffentlichkeit hat die Partei dann vollends aus dem Tritt gebracht. Ihr blieb nichts außer der mit allerlei Vorbehalten verklausulierten Zustimmung zur Vereinigungspolitik der Bundesregierung.

Moseleits Arbeit ist eine flüssig geschriebene Übersichtsdarstellung, deren Grundthesen allerdings weniger bewiesen als durch die Zusammenfassung der Literatur referiert werden. Zu kurz erscheint deshalb die Herausarbeitung der Entwicklung bestimmter Probleme, beispielsweise der sozialen Adressaten der Politik "Wandel durch Annäherung" als Quelle innerparteilicher Kontroversen und als Problem der Politikformulierung. Das mag an der Beschränkung von Moseleits empirischer Untersuchungsbasis auf die "Mehrheit ihrer Meinungs- und Entscheidungsträger" und damit auf deren unausgesprochenen Konsens liegen.

Die in den Anlagen beigefügten Thesenpapiere des Autors mit ausführlichen Beschreibungen über die zentralen Politikfelder einer möglichen deutsch-deutschen Kooperationspolitik, der Entwurf eines entspannungspolitischen Szenarios auf der Grundlage zweier deutscher Staaten bleiben zumindest in ihren Details angesichts der rasch vollzogenen Vereinigung hauptsächlich von historischem Interesse. Freilich bleiben die aus seinen Grundthesen ableitbaren Prämissen für eine neue Europa-Politik wichtig.

Desiderat einer europäischen Deutschlandpolitik

Vor Jahren ereiferte sich ein konservativer Adenauer-Apologet mit Lehrstuhlsitz in Bonn über die "Machtvergessenheit" der "gezähmten Deutschen". Angesichts der gefährlichen Zuspitzung und der Gleichzeitigkeit menschenheitsgefährdender Problemlagen könnte man fast mehr zu der Ansicht neigen, daß die gegenwärtige Okkupation der Deutschen mit dem isolierten eigenen Sein Züge der "Weltvergessenheit" annimmt. Überdies bleibt Skepsis angebracht. Die Versuchung einer deutschen Großmachtpolitik traditionellen Zuschnitts im rechten Lager wird gerade angesichts solcher Krisenverschärfungen wieder wachsen. Deshalb bleibt, auch wenn sich das gesamte politische Tableau Europas grundlegend geändert hat, das in Moseleits Buch aufgezeigte Desiderat der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik aktuell, das Desiderat einer europäischen Deutschlandpolitik.

Moseleit nennt zu Recht die internationale Politik der SPD als unentschiedenes Lavieren "zwischen einem zaghaften sozialistischen Internationalismus und einem genötigten deutschen Nationalismus" (50). Daraus folgt die Notwendigkeit einer konsequenten Politik für ein europäisches Bewußtsein jenseits des alten Nationalstaates mit allen seinen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Implikationen. Diese Politik wird - will man aus der bisherigen Entspannungspolitik lernen - nur mit einem weltpolitisch emanzipierten Europa zu erreichen sein, das in erster Linie den Widerspruch zwischen dem militärischen Instrumentarium und den politischen Zielen durch eine konsequente Entmilitarisierung Europas auflöst.

Das konkrete Ziel der zweiten Phase der Entspannungspolitik, eine vernetzte europäische Friedensordnung, in der Nationen keinen bestimmenden Platz mehr haben, bleibt angesichts der aktuellen Renationalisierung Europas eine konkrete Aufgabe. Die progressive Entwicklung einer solchen Politik muß auf der kommenden Agenda deutscher Außenpolitik, oder besser: des deutschen Beitrages zur "Weltinnenpolitik" an erster Stelle stehen. Dazu gehört auch die Durchsetzung eines neuen Machtbegriffes, der sich weniger auf militärische Fähigkeiten bezieht, sondern auf die im europaweiten Maßstab umgesetzte Fähigkeit, mit anderen problemorientiert einvernehmlich zivil zu handeln. Allein solche an den globalen Problemen orientierten Impulse deutscher Politik könnten das heute noch in vielen europäischen Staaten unterschwellige Unbehagen über die zukünftige Rolle des vereinten Deutschland in einem neuen Europa abbauen.

Bearbeitenswert erscheint vor allem der enge Zusammenhang von etatistischer Verengung und dem Demokratiedefizit bei der Entwicklung der bisherigen Deutschlandpolitik der SPD. Moseleit stellt fest, daß sie vormals "von einer kleinen Elite aus der Spitze der Partei und ihrem intellektuellen Umfeld konzipiert" (72) worden sei. Friedenspolitik wird aber in Zukunft wesentlich von zusätzlich gesellschaftlichen Ebenen, wie sie sich beispielsweise in der Friedensbewegung mit der deutsch-sowjetischen Aussöhnung auf Bürgerbegegnungsebene oder in der Prager Bürgerversammlung für ein neues Europa zeigen, bestimmt und damit auch definiert. Die frühzeitige Organisation von gemeinsamen Lernprozessen erscheint daher angebracht, auch wenn die Neigung zu erkennen ist, das derzeitige, gleichwohl normale, zyklische Mobilisierungstief der neuen Sozialen Bewegungen als Beleg zu nehmen, daß diese Kräfte zu vernachlässigen sind.

Auch wenn Moseleits Buch die Entwicklung der Positionsentwicklung sehr im Zeitraffertempo darstellt und so etwas an Tiefenschärfe verliert, ist es gut geeignet, in Erinnerung zu rufen, mit welchen wahrhaft titanischen programmatischen Anstrengungen einst um die SPD-Deutschlandpolitik gerungen wurde und welch hervorragenden Platz sie einnahm. Um so schärfer fällt das Defizit einer zukunftsorientierten deutschlandpolitischen Debatte nach der Vereinigung auf. Mit dem Aufziehen des schwarz-rot-goldenen Tuches über dem Reichstag in Berlin darf sich die Deutschlandpolitik nicht erschöpfen. Gesucht wird ein anderes, ein europäisches Deutschland. Was für eine, alle Gesellschaftsbereiche integrierende Aufgabe. Bis jetzt gibt es aber nur ein paar verstreute Thesenpapiere einer sehr vagen, juristisch verengten Verfassungsdebatte.

Ingo Arend

(-/4.7.1991/rs/fü)
